

Schulen behalten Sozialarbeiter

Senat beschließt Fortsetzung und weitet Programm aus / 45 Stellen für Bremen, zehn für Bremerhaven

Lange war ihre Zukunft ungewiss, gestern nun fiel die Entscheidung: Bremen zahlt nun doch selbst für seine Schulsozialarbeiter. Die Betroffenen zeigten sich erfreut über die Entscheidung, hoffen aber auf mehr. Und auch der Senat hofft noch – auf finanzielle Hilfe durch den Bund.

VON MATTHIAS LÜDECKE

Bremen. Die Bremer Schulen behalten ihre Sozialarbeiter. Das hat der Senat gestern beschlossen. Und nicht nur das, es soll sogar wieder mehr von ihnen geben – bezahlt aus dem Bremer Landeshaushalt. Geplant sind insgesamt 55 Sozialarbeiterstellen. Zehn sind für Bremerhaven vorgesehen, und in Bremen entfallen 22 Stellen auf Grundschulen, 15,5 auf Oberschulen und Gymnasien sowie sieben auf berufsbildende Schulen. Kosten wird das für den Rest dieses Jahres 1,15 Millionen und im kommenden Jahr 2,8 Millionen Euro.

Der Senat weitet damit das Schulsozialarbeiterprogramm in Bremen wieder aus, nachdem er es zu Beginn dieses Jahres zunächst reduziert hatte. Angefangen hatte es im Jahr 2011 in einem Umfang von 43

Vollzeitstellen. Bezahlt wurden sie aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes. Diese Finanzierung jedoch lief Ende 2013 aus. Für einen Zeitraum bis zum Ende des Schuljahres hatte die rot-grüne Koalition sich im vergangenen Herbst darauf verständigt, zumindest 30 dieser Stellen zwischenzufinanzieren. Damit war die Hoffnung verbunden, dass es bis dahin gelingt, den Bund zu einer weiteren Finanzierung zu bewegen.

Diese Hoffnung allerdings erfüllte sich bislang nicht. Aufgeben will sie Finanzsenatorin Karoline Linert (Grüne) aber auch nicht. „Bremen wird sich weiter dafür einsetzen, dass der Bund sich an den Kosten beteiligt“, sagte sie. Unabhängig davon sei nun aber eine dauerhafte Perspektive für die Schulsozialarbeiter gesichert. Eine Perspektive, deren Wichtigkeit Bürgermeister Jens Böhrnsen und Bildungsministerin Eva Quante-Brandt (beide SPD) gestern erneut hervorhoben. „Die Sozialarbeit ist ein wichtiger Bestandteil an

unseren Schulen, der den Bildungsprozess der Schülerinnen und Schüler unterstützt“, sagte Quante-Brandt. „Wir brauchen Schulsozialarbeit. Daher freue ich mich, dass wir die aktuell vorhandenen Stellen nun sichern können und darüber hinaus auch moderat ausweiten“, so Böhrnsen.

Bei den Sozialarbeitern sorgte die Nachricht gestern für Erleichterung. Die Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit (LAG) hatte immer wieder den Erhalt der Stellen gefordert – und sich für eine Ausweitung ausgesprochen. Mindestens einen Sozialarbeiter brauche jede Schule, lautete die Forderung.

„Grundsätzlich freuen wir uns, dass die Schulsozialarbeit fortgesetzt und sogar ausgeweitet wird“, sagte LAG-Sprecher Jens Singer, „das zeigt auch, dass unser Protest Erfolg hatte.“ Er hielt aber auch an der Forderung fest, das Programm stärker auszuweiten. „Die Entscheidung jetzt ist ein sehr guter erster Schritt“, sagte er, „aber die Praxis zeigt, dass es für jede

Schule mindestens einen Sozialarbeiter geben muss.“

Planungen, wie die Stellen verteilt werden sollen, gibt es bereits. Sie sollen jedoch nun zunächst den Fachpolitikern vorgestellt werden. Die Kriterien seien klar festgelegt und transparent, erklärte Quante-Brandt. Jede zweite allgemeinbildende Schule soll demnach Sozialarbeiter erhalten, 37 der 74 Grundschulen und 21 der 41 Oberschulen und Gymnasien. Ausschlaggebend für die Verteilung ist der Sozialindikator. Zudem ist geplant, dass die Versorgung mit einer halben Stelle der Regelfall ist. Einige Schulen erhalten wegen ihrer Größe oder eines nachteiligen Sozialindikators eine ganze Stelle.

Woher das Geld für die Schulsozialarbeiter kommt, ist derzeit noch unklar. Aus der Bildungsbehörde ist zu hören, dass es aus dem Gesamtetat komme und nicht aus dem Bildungsbereich. Details dazu gibt es jedoch noch nicht. Fest steht, dass die Finanzierung aus dem Landeshaushalt nur eine Übergangslösung sein soll. Ab 2016, so heißt es in der Mitteilung des Senats, soll sie in den kommunalen Haushalten der beiden Stadtgemeinden veranschlagt werden.



Jens Singer

FOTO: KOCH